

## **Landtagswahl Niedersachsen 2008**

### **Wahl- und Regierungsprogramme der Parteien im Überblick**

DGB-Forderungen	CDU	SPD	FDP	Die Grünen	Die Linke
<p><b>1. Mindestlöhne nicht unter 7,50€</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ <b>durch eine Bundesratsinitiative</b></li> <li>▪ <b>durch die Ausweitung des Entsendegesetzes</b></li> <li>▪ <b>durch die Einhaltung von Mindestlöhnen im eigenen Bereich des Landes</b></li> </ul>	<p>- keine Erwähnung eines Mindestlohns - Niedersachsen-Kombi (26f.)</p>	<p>- Initiativen für einen gesetzlichen Mindestlohn von mindestens 7,50 € auch im Bundesrat unterstützen - Arbeitnehmerentsendegesetz auf alle Wirtschaftsbereiche ausdehnen (24)</p>	<p>- keine Erwähnung eines Mindestlohns - will Tarifverträge, die die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen nicht gefährden (1) - will Flexibilisierung der Flächentarifverträge (1) - für Deregulierung des Arbeitsmarktes (2)</p>	<p>- ein Vollzeit Arbeitsplatz muss einen arbeitsfesten Lohn erwirtschaften, deshalb Einsatz für einen Mindestlohn, der eine gesetzliche Untergrenze festlegt, so dass in einzelnen Branchen und Regionen höhere Mindestlöhne festgesetzt werden können (43)</p>	<p>- fordert einen gesetzlichen Mindestlohn in Höhe von 8 € (10f)</p>

DGB-Forderungen	CDU	SPD	FDP	Die Grünen	Die Linke
<p><b>2. Vergabegesetz für öffentliche Aufträge, das die Einhaltung von Tariflöhnen, von Sozial- und Umweltstandards und die Bereitstellung von Ausbildungsplätzen sicherstellt</b></p>	<p>- wird nicht erwähnt</p>	<p>- Erneuerung und Stärkung des Landesvergabegesetzes, verbindliche Mindeststandards zum Kriterium für die Vergabe öffentlicher Aufträge machen (24)</p>	<p>- allgemein für Entschlackung der Vergabeverfahren (4)</p>	<p>- Landesvergabege- setz ausweiten und verschärfen; Einhaltung von branchenbestimmenden Tarifverträgen für öffentliche Aufträge garantieren. ÖPNV wieder mit einbeziehen; Schwellenwerte senken (43)</p>	<p>- Änderung des Vergabegesetzes: Zuschläge werden nur an Unternehmen gegeben, die nach Tarif bezahlen, Auszubildende einstellen, Frauenförderung beachten und das Betriebsverfassungsgesetz sowie ökologische Standards einhalten (11)</p>

DGB-Forderungen	CDU	SPD	FDP	Die Grünen	Die Linke
<p><b>3. Sofortprogramm für 4.000 zusätzliche Ausbildungsplätze</b>  <b>- Umlagefinanzierung zur Stärkung der dualen Ausbildung</b></p>	<p>- Betriebe sollen motiviert werden, alternative Ausbildungsberufe und zusätzliche Ausbildungsplätze zu schaffen (14)                      - Niedersächsischen Pakt für Ausbildung fortsetzen (25)</p>	<p>- „Recht auf Ausbildung“ (25)                      - Schaffung von 10.000 vollzeitschulischen Ausbildungsplätzen mit Kammerabschluss (25)                      - Ausbildungsplatzoffensive gemeinsam mit den Gewerkschaften und der Wirtschaft (25)</p>	<p>- Ausbildungspakt ist Erfolg (1)</p>	<p>- statt Warteschleifen Qualifikationsmodule anbieten, die zu auf die Berufsausbildung anrechenbaren und von den Kammern und Betrieben anerkannten Teilqualifikationen führen (33)                      - Einführung einer Ausbildungsumlage (34)</p>	<p>- Recht auf Ausbildung ins Grundgesetz (18)                      - alle Betriebe mit mehr als 10 Beschäftigten werden verpflichtet, Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen (22)                      - wer nicht ausbildet, zahlt eine Ausbildungsabgabe, die den Betrieben zufließt, die ihre Ausbildungsverpflichtungen erfüllen (22)</p>

DGB-Forderungen	CDU	SPD	FDP	Die Grünen	Die Linke
<p><b>4. Rechtsanspruch auf einen kostenfreien Krippenplatz für Kinder unter 3 Jahren</b></p> <p>- mittelfristige Kostenfreiheit der daran anschließenden Betreuung in KITAs</p> <p>- Kinder und Jugendliche sollen bis Klasse 10 gemeinsam lernen und individuell gefördert werden</p> <p>- Lernmittelfreiheit</p> <p>- Abschaffung der Studiengebühren</p>	<p>- alle 3 Kindergartenjahre beitragsfrei (9)</p> <p>- Beibehaltung und Stärkung des gegliederten Schulsystems (10)</p> <p>- individuelle Förderung der Schüler (10)</p> <p>- keine Erhöhung der Studienbeiträge (14)</p>	<p>- ab 2010 Rechtsanspruch auf einen Krippenplatz, langfristig soll die Betreuung der unter Dreijährigen kostenfrei sein (31)</p> <p>- Beitragsfreiheit für die gesamte Zeit des Kindergartenbesuchs einführen (31)</p> <p>- Aufnahme der „Gemeinsamen Schule“ als Regelschule ins Niedersächsische Schulgesetz, Förderung der individuellen Schülerpersönlichkeit (32-34)</p> <p>- Wiederherstellung der Lernmittelfreiheit (33)</p> <p>- Abschaffung der Studiengebühren für das Erststudium und Erhöhung des BAFÖG (28)</p>	<p>- Ausbau bedarfsgerechter, differenzierter, flexibler und verlässlicher Betreuungsangebote für alle Altersgruppen, Finanzierung über ein Gutscheinformodell (23, 25f.)</p> <p>- letztes Kindergartenjahr beitragsfrei (25)</p> <p>- gegliedertes Schulsystem: ein begabungsgerechtes, differenziertes, vielfältiges und leistungsorientiertes Schulwesen (15)</p> <p>- bessere Durchlässigkeit und Wechselmöglichkeiten zwischen den Schulformen (16)</p> <p>- Studienbeiträge sollen in voller Höhe zur Verbesserung der Studienbedingungen eingesetzt werden (13)</p>	<p>- Rechtsanspruch auf einen Ganztags-Kitaplatz ab dem vollendeten ersten Lebensjahr (29)</p> <p>- individuelle Förderung der Kinder in der Schule, kein Aussortieren (30)</p> <p>- „Neue Schule“: neunjährige gemeinsame Schule (30)</p> <p>- Lernmittelfreiheit für Kinder von Sozialhilfe- und Hartz IV-Empfängern (44)</p> <p>- gebührenfreies Erststudium und Erhöhung des BAFÖG (36)</p>	<p>- Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz muss tatsächlich und wohnortnah eingelöst werden (19)</p> <p>- Kindergartenplätze sind gebührenfrei und ganztägig zur Verfügung zu stellen (19)</p> <p>- Kinderkrippenplätze entsprechend Nachfrage gebührenfrei zur Verfügung stellen (19)</p> <p>- Integrierte Gesamtschule verbindlich für alle bis zur 10. Klasse (20)</p> <p>- individuelle Förderung (20f)</p> <p>- Wiedereinführung der Lernmittelfreiheit (21)</p> <p>- Rücknahme der Einführung der Studiengebühren (23)</p>

DGB-Forderungen	CDU	SPD	FDP	Die Grünen	Die Linke
<p><b>5. Ausbau der Weiterbildungsmöglichkeiten der Beschäftigten</b>  <b>- Förderung von Erwachsenenbildung und politischer Bildung</b></p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Vernetzung und Erweiterung der Erwachsenen- und Weiterbildung (16)</li> <li>- Förderung politischer Bildungsarbeit (17)</li> <li>- unter dem Motto „Qualifizierung – ein Leben lang“ soll in Abstimmung mit den Gewerkschaften und den Arbeitgebern eine Qualifizierungsoffensive für Arbeitnehmer ins Leben gerufen werden, die eine stete Weiterbildung der Mitarbeiter in den Betrieben ermöglicht (17)</li> <li>- „Pakt für Qualifizierung“, „Qualifizierungsgipfel für erfahrene Beschäftigte“ u.a. zusammen mit dem DGB (25)</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Ausbau der Qualifikations- und Weiterbildungsmöglichkeiten der Beschäftigten, in den mittelständischen Unternehmen und für ältere Arbeitnehmer, (21)</li> <li>- gemeinsam mit den Betrieben und Gewerkschaften dafür sorgen, dass lebenslanges Lernen selbstverständlich wird und entsprechende Angebote vorhanden sind (16, 21)</li> <li>- Ausbau der Erwachsenenbildung, auch für neue Zielgruppen (36)</li> <li>- Förderung der politischen Bildung; Nachfolgeeinrichtung für Landeszentrale politische Bildung (36)</li> <li>- neue Formen Bildungsurlaub entwickeln und stärken (36)</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Unterstützung von Fort- und Weiterbildung (2)</li> <li>- Stärkung des zweiten Bildungsweges: jedem leistungsbereiten Bürger muss die Möglichkeit gegeben werden, stets eine weiterführende Qualifikation zu erreichen und Abschlüsse nachzuholen (20)</li> <li>- Weiterbildung für ältere Arbeitnehmer fördern (28)</li> <li>- Aus- und Fortbildung für Mitarbeiter der öffentlichen Verwaltung fördern (59)</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- akademische Weiterbildung und lebenslanges Lernen an Hochschulen fördern (37)</li> <li>- Sicherstellung von flächendeckenden Weiterbildungsangeboten (37)</li> <li>- Erwachsenenbildung soll sich künftig stärker an bildungsferne Gruppen richten Ausbau der Angebote für den Zweiten Bildungsweg und für MigrantInnen (37);</li> <li>- verstärkte Förderung politischer Bildung (37)</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Recht auf Weiterbildung (24)</li> <li>- Erhöhung der Landeszuschüsse für die öffentlich anerkannten Einrichtungen der Erwachsenenbildung (24)</li> <li>- Sofortprogramm zur Erhöhung und Verbesserung des Angebots für den zweiten Bildungsweg (24)</li> <li>- Ausbau und verbesserte Finanzierung des Bildungsurlaubs (24)</li> <li>- Wiederherstellung der Landeszentrale für Politische Bildung (24)</li> </ul>

DGB-Forderungen	CDU	SPD	FDP	Die Grünen	Die Linke
<p><b>6.</b>  <b>- Das Land muss bei Investitionen und Beschaffungen Umweltschutz, Gute Arbeit und Fairen Handel in den Vordergrund stellen</b>  <b>- Ausbau der öffentlichen Daseinsvorsorge</b>  <b>- Investitionen in den ÖPNV</b></p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Aufgeschlossenheit gegenüber Öffentlich-Privaten-Partnerschaften (7), z.B. im Bereich des Straßenbaus (28)</li> <li>- Ausbau privater Angebote im Bereich des Schienenverkehrs (27)</li> <li>- leistungsfähiger und effizienter ÖPNV, solide Finanzausstattung, Erhalt des schienengebundenen Personennahverkehrs in der Fläche (29)</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Anforderungen an öffentliche Auftraggeber: Einhaltung von Tariflöhnen, Geltung deutscher Arbeits-schutzbestimmungen, Einhaltung von Um-weltvorschriften und Schaffung eines öko-logischen Ausgleichs bei nicht zu vermei-denden Umwelteingrif-fen (18)</li> <li>- faire Konzepte der Öffentlich-Privaten Partnerschaft, z.B. bei Sanierungen (10)</li> <li>- Unterstützung von Bus und Bahn mit öf-fentlichen Mitteln und Ausbau des öffentli-chen Nahverkehrs (68)</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- verstärkt auf Öffent-lich-Private-Partnerschaften set-zen (4)</li> <li>- mehr Wettbewerb auch bei sozialen Dienstleistungen (27)</li> <li>- Übertragung des Energiemanagements, der Abwasserbehand-lung und Trinkwasser-versorgung auf Private (37, 39)</li> <li>- Rückzug der Länder und Kommunen aus dem operativen Ab-fallgeschäft (43)</li> <li>- in der Justiz nicht zwingend staatliche Aufgaben auf Private als beliehene Unter-nehmer übertragen (49)</li> <li>- Verbesserungen des öffentlichen Perso-nenverkehrs, wo aus-reichend Nachfrage ist (7)</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- soziale und ökologi-sche Standards bei der Produktion bei der gesamten öffentlichen Beschaffung zu wich-tigen Kriterien ma-chen (43)</li> <li>- klare Absage an Privatisierung der Kernbereiche der Da-seinsvorsorge (65)</li> <li>- keine Privatisierung des Strafvollzugs (62)</li> <li>- Vorfahrt für Bus und Bahn; die Förderung des ÖPNV soll geziel-ter auf die effizientes-ten Angebote und die tatsächlichen Be-darfsgruppen zuge-schnitten werden (18)</li> <li>- Rücknahme der er-folgten Einschränkun-gen des ÖPNV-Angebotes (18)</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Ausweitung öffentli-chen Eigentums (10)</li> <li>- keine Privatisierun-gen öffentlicher Kran-kenhäuser (7, 10, 35)</li> <li>- Verteidigung und Ausweitung der öf-fentlichen Daseins-vorsorge, dafür müs-sen die öffentlichen Unternehmen gut und effektiv geführt wer-den (12, 35)</li> <li>- Ablehnung Öffent-lich-Privater-Partnerschaften (12f)</li> <li>- Ausbau des ÖPNV zu einer echten Alter-native zum Auto (29)</li> <li>- Entwicklung eines landesweiten Kon-zepts für den schie-nen- wie für den stra-ßengebundenen ÖPNV (30)</li> </ul>

DGB-Forderungen	CDU	SPD	FDP	Die Grünen	Die Linke
<p><b>7. Investitions- und Innovationspolitik müssen auf die Sicherung von Arbeitsplätzen ausgerichtet sein</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ <b>Förderung von Innovationen in kleinen und mittleren Betrieben</b></li> <li>▪ <b>„Besser statt billiger“</b></li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Innovationen als Schlüssel zu neuer Arbeit in Mittelstand, Industrie und der modernen Ernährungs- und Landwirtschaft (18)</li> <li>- Innovations- und Forschungsförderung (18f.)</li> <li>- Arbeitsplätze im Energiebereich sichern (32)</li> <li>- Innovationsfonds erhöhen (18)</li> <li>- Beratungsoffensive für Innovationen in kleinen und mittelständischen Unternehmen (18f.)</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Lenkung der Kaufkraft des Staates auf innovative Produkte und Dienstleistungen (10)</li> <li>- Entwicklung einer strategischen Innovationspolitik (11)</li> <li>- mehr Geld für Forschung (11)</li> <li>- „Klimaschutzpakt Niedersachsen“: im Dialog mit den Gewerkschaften Schaffung zukunftssicherer Arbeitsplätze im Energiebereich (14)</li> <li>- Klimaschutz als Jobmotor (65)</li> <li>- Verbesserung der Innovationsmöglichkeiten der kleinen und mittleren Unternehmen (10)</li> <li>- „Besser statt billiger“ (10)</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Verbesserung des Wissenstransfers zwischen Hochschulen sowie Forschungseinrichtungen und dem Handwerk bzw. den kleinen und mittleren Unternehmen, um mehr Ideen in Produkte und Verfahren umzusetzen und damit neue Arbeitsplätze zu schaffen (2)</li> <li>- Schaffung neuer Arbeitsplätze durch mehr Innovationen, neue Produkte und neue Produktionsverfahren (2)</li> <li>- „Stiftung Zukunfts- und Innovationsfonds“ zur Unterstützung kleiner und mittlerer Unternehmen (2f.)</li> <li>- Schaffung von Arbeitsplätzen durch eine innovative Umwelttechnologie (34)</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Klimaschutz schafft Arbeitsplätze; Investitionen in regenerative Energien (11)</li> <li>- Beschäftigungspotenziale im Bereich der Wärmedämmung und Gebäudesanierung nutzen (12)</li> <li>- Wirtschaftsförderung auf kleine und mittlere Unternehmen konzentrieren</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Zukunftsinvestitionsprogramm zur Schaffung von Arbeitsplätzen (10)</li> <li>- Schaffung neuer Arbeitsplätze im Zusammenhang mit dem Jade-Weser-Port, Verhinderung von Lohndumping (32)</li> <li>- Konzentration von Wirtschaftsförderungsmitteln auf mittelständige Betriebe und Existenzgründer, Förderung der Zusammenarbeit der kleinen und mittleren Unternehmen mit den Hochschulen und Forschungseinrichtungen (11)</li> </ul>

DGB-Forderungen	CDU	SPD	FDP	Die Grünen	Die Linke
<p><b>8.</b>  <b>- Ausbau der betrieblichen Mitbestimmung</b>  <b>- Einrichtung eines landesweiten Wirtschafts- und Sozialausschusses</b></p>	<p>- nicht erwähnt</p>	<p>- betriebliche Mitbestimmung als notwendiger Garant einer Beschäftigung sichernden und -fördernden Wirtschaftspolitik (24)</p>	<p>- Kündigungsschutz soll durch flexiblere sozialverträgliche Systeme ersetzt werden (2)</p>	<p>- nicht erwähnt</p>	<p>- Wirtschaftsdemokratie: Mitbestimmungsrechte auf allen wirtschaftlichen Ebenen, Stärkung der Handlungsfähigkeit der Gewerkschaften (9)                      - Projekt „Humanisierung der Erwerbsarbeit“ um Arbeitsbedingungen besser zu gestalten (11)                      - Wirtschafts- und Sozialräte in Regionen und im Land, Mitwirkung der Gewerkschaften (11)</p>

DGB-Forderungen	CDU	SPD	FDP	Die Grünen	Die Linke
<p><b>9.</b> - „Verhandeln statt Verordnen“ im Öffentlichen Dienst</p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Verbesserung der Arbeitsbedingungen durch Bürokratieabbau und Förderung von Eigeninitiative (54)</li> <li>- Beamte haben Anspruch auf Teilhabe an der allgemeinen Einkommensentwicklung, finanzielle Freiräume im Landeshaushalt sollen dazu genutzt werden (54)</li> <li>- für ein flexibles Dienstrecht, Reduzierung der Anzahl der Laufbahnen (55)</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Wiedereinstieg in die Sonderzahlungen (Weihnachts- und Urlaubsgeld) für alle Beamten (76)</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- fordert leistungsorientierte Entwicklungschancen (58)</li> <li>- Flexibilisierung der Laufbahnstrukturen (58)</li> <li>- Zielvereinbarungen und Leistungsprämien einführen (59)</li> <li>- Einrichtung eines Pensionsfonds zur Absicherung der Beamtenversorgung (10f., 59)</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- die unterschiedlichen Bedingungen von Angestellten und Beamten sind so auszugestalten, dass eine Annäherung bei Arbeitsmodalitäten und Bezahlung erreicht werden kann (68)</li> <li>- Ziel ist ein einheitliches öffentliches Dienstrecht (68)</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Neueinstellungen im öffentlichen Dienst, vor allem in den Schulen (10, 38, 41)</li> <li>- Verbesserung der Arbeitszustände für Polizisten (40)</li> </ul>

DGB-Forderungen	CDU	SPD	FDP	Die Grünen	Die Linke
<p><b>10.</b>  <b>- mehr Einsatz für die Chancengleichheit beider Geschlechter, z.B. Gleichstellungsgesetz für die private Wirtschaft</b></p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- besondere Berücksichtigung von Frauen bei Programmen für ältere Arbeitslose und Beschäftigte (26)</li> <li>- Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf (9, 35f.)</li> <li>- Flexibilisierung von Wochen- und Lebensarbeitszeit (36)</li> <li>- Gleichberechtigung, Chancengleichheit (36f)</li> <li>- Stärkung der Erwerbschancen von Frauen und Verbesserung der beruflichen Gleichberechtigung (37)</li> <li>- umfassende Teilhabe von Frauen in Führungspositionen (37)</li> <li>- Abbau der Einkommensunterschiede (37)</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Verstärkung von Wirtschaftsfördermaßnahmen, die auf die Schaffung von Arbeitsplätzen für Frauen zielen (23)</li> <li>- Landesverwaltung als Vorbild (23)</li> <li>- Frauen und Männer haben gleichermaßen das Recht auf Verwirklichung ihrer Lebensentwürfe und auf selbstbestimmte Sicherung ihrer Existenz (42)</li> <li>- gute Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit und Familienleben (43)</li> <li>- Förderung der Erwerbsmöglichkeiten von Frauen (54)</li> <li>- Umsetzung des Rechtsanspruchs auf Teilzeitarbeit und Teilzeitausbildung (55)</li> <li>- Gleichstellung der Geschlechter in der Privatwirtschaft durch Vereinbarungen (55)</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Verbesserung der Integration von Frauen in den Arbeitsmarkt, der Gleichstellung von Frauen und Männern sowie der Vereinbarkeit von Familie und Beruf (2)</li> <li>- Erziehungsleistung soll stärker als Qualifikation gewertet werden (23)</li> <li>- Programm zur Förderung der Integration von Frauen in die Arbeitswelt (23)</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Geschlechtergerechtigkeit schaffen (50)</li> <li>- Frauen müssen in Hochschulen auf allen Ebenen des Wissenschaftsbetriebs, in Leitungspositionen und Fächergruppen gleichberechtigt vertreten sein (36)</li> <li>- Wirtschaftsförderung an aktive Frauenförderung knüpfen (52)</li> <li>- gerechte Verteilung und gesellschaftliche Neubewertung von familiären Pflegeleistungen (53)</li> <li>- Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf (52)</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Gleichstellung von Frauen zentrales Thema (5)</li> <li>- Quotierung, Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft, (14)</li> <li>- Arbeitszeitreduzierung mit Entgeltausgleich (17)</li> <li>- Frauenquoten im Öffentlichen Dienst einführen (16)</li> <li>- sinnvolle Qualifizierungsprogramme für erwerbslose Frauen und verbesserte Möglichkeiten für Berufsrückkehrerinnen, insbesondere für Alleinerziehende (16)</li> <li>- Einrichtung eines Frauenministeriums, Einbeziehung von Gewerkschaften (16)</li> <li>- Gleichstellungsbeauftragte (16)</li> </ul>

DGB-Forderungen	CDU	SPD	FDP	Die Grünen	Die Linke
<p><b>11.</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ <b>offensive Klimaschutzpolitik</b></li> <li>▪ <b>Erschließung des Beschäftigungspotentials regenerativer Energien</b></li> <li>▪ <b>klares Bekenntnis zum Atomausstieg</b></li> <li>▪ <b>ernsthafte Suche nach alternativen Endlagermöglichkeiten von radioaktiven Abfällen</b></li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Unterstützung der Gewinnung erneuerbarer Energien und ihrer Erforschung (24)</li> <li>- Einsparen von Energie, Erhöhung der Energieeffizienz und Nutzung erneuerbarer Energien (30)</li> <li>- technologieoffener und vernünftiger Energiemix (31)</li> <li>- „Klimaschutzkonzept Niedersachsen“, „Umweltpakt mit der Wirtschaft“ (32)</li> <li>- Kernenergie als notwendige Übergangstechnologie (31)</li> <li>- Aufhebung des Moratoriums zur ergebnisoffenen Erkundung des Salzstockes Gorleben, bei Eignung würde Niedersachsen die Lasten der Endlagerung übernehmen (32)</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Klimaschutz als zentrales Handlungsfeld (62)</li> <li>- gezielte Förderung des Ausbaus erneuerbarer Energien (63)</li> <li>- Maßnahmen zur Energieeinsparung, Forschung zur Nutzung regenerativer Energieträger (63f)</li> <li>- „Klimaschutzpakt Niedersachsen“: im Dialog mit Gewerkschaften und anderen Energieerzeugung, Energieeinsparung sowie Energieeffizienz fördern und zukunftsichere Arbeitsplätze schaffen (14, 63ff.)</li> <li>- Ausstieg aus der Atomenergie (62f)</li> <li>- keine weitere Erkundung von Gorleben, solange nicht auch andere Standorte in das Verfahren einbezogen werden (63)</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Energiesparen, Energieeffizienz und erneuerbare Energien fördern (8, 36, 37)</li> <li>- Klimawandel als Chance für Wachstum und Arbeitsplätze (7f.)</li> <li>- Schaffung von Arbeitsplätzen durch eine innovative Umwelttechnologie (34)</li> <li>- Energiemix, fairer Wettbewerb für alle Energieformen und -anbieter (8, 35, 36)</li> <li>- mittelfristig kann nicht auf Kernenergie verzichtet werden (8)</li> <li>- ergebnisoffene Fortsetzung der Untersuchung des Standortes Gorleben (37f.)</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Klimaschutz ist Schwerpunkt (5-28)</li> <li>- Klimaschutz schafft Arbeitsplätze; Investitionen in regenerative Energien (11)</li> <li>- Beschäftigungspotenziale im Bereich der Wärmedämmung und Gebäudesanierung nutzen (12)</li> <li>- Klima-Innovationsfonds einrichten (11)</li> <li>- Forschung zum Klimaschutz intensivieren (10)</li> <li>- große Beschäftigungspotenziale im Bereich der Wärmedämmung und Gebäudesanierung (12)</li> <li>- Verzicht auf Atomkraft ist Gebot der Vernunft (13)</li> <li>- Salzstock in Gorleben ist zur Endlagerung von radioaktiven Abfällen ungeeignet (6)</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Energieeffizienz, erneuerbare Energieträger, nachhaltige Technologien, dezentrale Energiegewinnung und -versorgung fördern (26)</li> <li>- Energiekonzept für Niedersachsen auflegen (28)</li> <li>- Landesprogramm für erneuerbare Energien und Stoffe (11)</li> <li>- schnellstmöglicher Ausstieg aus der Kernenergie (26)</li> <li>- Standort Gorleben fallen lassen (28)</li> </ul>

DGB-Forderungen	CDU	SPD	FDP	Die Grünen	Die Linke
<p><b>12.</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ <b>Unterstützung von konsequentem Eintreten gegen Rechtsextremismus durch das Land</b></li> <li>▪ <b>Verbot der NPD und der Freien Kameradschaften</b></li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- keine expliziten Maßnahmen gegen Rechtsextremismus genannt</li> <li>- Verbot der NPD wird nicht gefordert</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- die konsequente Bekämpfung des Rechtsextremismus muss in allen Altersgruppen, auf allen gesellschaftlichen Politikfeldern und mit allen demokratischen Mitteln erfolgen (82)</li> <li>- Etablierung eines zentralen Ansprechpartners im Innenministerium zur Beratung von Bürgern und Kommunen (83)</li> <li>- konsequente und eindeutige Distanzierung aller Parteien vom Rechtsextremismus (83)</li> <li>- Vorantreiben eines NPD-Verbots vor dem Bundesverfassungsgericht (83)</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Kampf gegen Rechts- und Linksextremismus (51)</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- landesweites Informations- und Bildungsprogramm gegen Rechts auflegen (63)</li> <li>- konsequente und eindeutige Distanzierung aller demokratischen Parteien vom Rechtsextremismus (63)</li> <li>- breite Bündnisbildungen unterstützen (63)</li> <li>- Wiederaufnahme des NPD-Verbotsverfahrens, wenn Voraussetzungen für erfolgreiches Verfahren geschaffen sind (63)</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Antifaschismus als Staatsziel in der niedersächsischen Landesverfassung verankern (45)</li> <li>- Bildung eines antifaschistischen Arbeitskreises (45)</li> <li>- Erhalt und Sicherung aller Stätten von Verfolgung und Widerstand (45)</li> <li>- Antirassismus-Trainingsprogramme für Öffentlichen Dienst (45)</li> <li>- Unterstützung eines neuen Verbotsantrags gegen die NPD (45)</li> <li>- Verbot neofaschistischer Organisationen (45)</li> </ul>